V-11 Atomausstieg endlich auch in der Energieforschung umsetzen: Kernfusion beenden!

Antragsteller*in: Sylvia Kotting-Uhl (KV Karlsruhe)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Jahrzehntelang haben Grüne für den Ausstieg aus der Atomkraft gekämpft. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde der Atomausstieg vom Deutschen Bundestag am 30. Juni 2011 zum zweitenmal beschlossen, diesmal fraktionsübergreifend von Regierungskoalition und Opposition. Damit sollte der Weg frei gemacht sein für die Energiewende in Richtung Erneuerbare, Einsparung und Effizienz. Wir stehen vor der großen Herausforderung und gleichzeitig historischen Chance, als erste der großen Industrienationen die Transformation in eine post-nukleare und CO2-neutrale Energiewirtschaft zu meistern.

In der Energieforschung ist der Atomausstieg allerdings längst nicht vollzogen. Noch immer wird die Forschung an Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation mit Steuergeldern unterstützt - Techniken, die bei erfolgreicher Umsetzung den Wiedereinstieg in die Atomwirtschaft bedeuten. Zusätzlich zu Euratom, das mit 20 Prozent von Deutschland finanziert wird, sind im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung dafür 600 Millionen Euro eingestellt.

Das größte Milliardengrab ohne Aussicht auf nennbare Erfolge ist dabei die Fusionsforschung, wie vor allem das über Euratom finanzierte ITER-Projekt deutlich macht: ein Kernfusionsreaktor, der unter Beteiligung von EU, USA, Russland, China, Indien, Japan und Südkorea im südfranzösischen Cadarache gebaut werden soll. Von ursprünglich geplanten 4,6 Milliarden Euro sind die Kosten auf mittlerweile 17 Milliarden Euro gestiegen. Die EU trägt davon 45%, die anderen Partner jeweils 9%. Zeitliche Verzögerungen, Missmanagement und mangelnde Transparenz sind an der Tagesordnung. Im November letzten Jahres wurden weitere Kostensteigerungen und Verspätungen bei der Fertigstellung benannt. Zusätzlich arbeitet Deutschland im Greifswalder Kernfusionsexperiment „Wendelstein 7-X“ an der Nutzung der Kernfusion und investiert große Summen an Steuergeldern.

Selbst wenn die Kernfusion nicht so risikoreich ist wie die Atomspaltung, da es bei ihr keine Kernschmelze geben kann und deutlich weniger Radioaktivität entsteht, ist diese Technologie nicht ohne radioaktive Risiken zu haben. Der radioaktive Fusionsbrennstoff Tritium ist schon im Normalbetrieb schwer zu beherrschen. Tritium hat die Eigenschaft, durch Materialien zu diffundieren und kann im menschlichen Körper Krebs hervorrufen. Durch einen Unfall oder Anschläge kann radioaktives Material aus den Reaktoren freigesetzt werden. Und auch die Kernfusion produziert radioaktiven Müll, für den es ein Endlager braucht.

Fusionsforschung ist extrem teuer. Sollte daraus jemals eine funktionierende Technologie entstehen, wird diese in der Hand des reichen globalen Nordens sein. Der große Energiehunger der nächsten Jahrzehnte ist aber vor allem in den Ländern des Südens zu erwarten. Es ist fraglich, ob die überkomplexe und hochzentralisierte Form der Energieerzeugung mit Fusionsreaktoren für die Sozial- und Wirtschaftsstrukturen vieler Länder des Südens geeignet ist. Die Eigner werden sich zudem fragen, ob sie diese Technologie mit dem Potenzial zur Massenvernichtungswaffe überhaupt aus der Hand geben wollen. Auch die „friedliche Nutzung der Kernfusion“ kann die militärische Nutzung von Atomtechnologien erleichtern und zu deren Verbreitung beitragen.

Gemäß der sogenannten „Fusionskonstante“ verschiebt sich konstant die Prognose, dass in jeweils ca. 30 bis 35 Jahren mittels kontrollierter Verschmelzung der Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium Energie produziert werden könne. Entsprechend nennt die Prognose, wann

diese Technologie einsatzbereit sein werde, jetzt das Jahr 2050. Bis dahin werden wir allerdings unsere Energieerzeugung längst vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt haben müssen und Wind- und Sonnenstrom werden unschlagbar billig sein. Unsere Gesellschaft wird, um der Klimaschutzziele willen, den effizienten Umgang mit Energie gelernt haben müssen. Der Beitrag, den die Kernfusion in den entscheidenden Jahren bis 2050 zur Klimarettung leisten kann, liegt eindeutig bei Null. Im Gegenteil, Kernfusion bindet Forschungsgelder, die beim Kampf gegen den Klimawandel in anderen Forschungs- und Entwicklungsprojekten effektiver helfen könnten. Die zentrale, schlecht regelbare Großstromerzeugung von Fusionsreaktoren wäre zudem schon heute nicht mehr zeitgemäß.

An der technischen Umsetzbarkeit des ITER hat selbst das BMBF Zweifel. Der von ihm in Auftrag gegebene ITER-Expertenbericht aus dem Herbst 2013 empfiehlt ein verbessertes Zeit- und Kostenmanagement, der Finanzausschuss des Bundesrates forderte im November desselben Jahres, dass die EU sich aus der Finanzierung von ITER sobald wie möglich zurückziehen sollte und der Haushaltsausschuss des EU-Parlaments verweigerte im März 2015 zunächst die Entlastung des ITER-Projekthaushaltes für 2013.

In der Regierungsbefragung vom 6. Mai 2015 zur Vorstellung des Energieforschungsberichts 2015 kündigte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Bezug auf ITER an: „Wir haben 2017 zum ersten Mal die Möglichkeit, aus dem Programm auszusteigen. Ich finde, Sie (Sylvia Kotting-Uhl) haben gerade kluge Argumente genannt, warum man das ins Auge fassen sollte. (…) Ich persönlich bin allerdings der Auffassung, dass wir ab 2017 die Möglichkeit nutzen müssen, die Gelder für die Forschung zu verwenden, deren Ergebnisse die Bundesrepublik Deutschland am Ende sinnvoll nutzen kann. Das wird bei der Kernfusionsforschung nach meinem Eindruck nicht mehr möglich sein, jedenfalls dann nicht, wenn wir die Energiewende konsequent zu Ende führen."

Diesen Worten müssen endlich Taten folgen. Für die Kernfusion ist in einer Zukunft der Erneuerbaren kein Platz!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern von der Bundesregierung,

- bereits jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten, um schnellstmöglich aus dem Milliardengrab ITER aussteigen zu können;

- in Zukunft keine öffentlichen Gelder mehr für die Kernfusion im Bereich der Energieforschung, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation einzustellen, sondern diese Mittel vollständig am Atomausstieg und dem Gelingen der Energiewende auszurichten.

Begründung

Begründung: bei Bedarf mündlich.

Nahezu identisch mit V 19 der BDK in Halle (Sylvia Kotting-Uhl und andere), damals zurückgezogen, um den beiden fachlich zuständigen BAGn (Energie und Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik) die gelegenheit einer gemeinsamen Meinungsbildung zu geben. Die vorliegende Fassung wurde auf der Sitzung der BAG Energie am 23.9.2016 mit sehr großer Mehrheit beschlossen und wird von der BAG WHT (vertreten durch die Sprecher*innen) unterstützt.

Weitere Antragsteller*innen

Anja Schillhaneck (KV Berlin kreisfrei); Kai Gehring (KV Essen); Jutta Paulus (KV Neustadt/W.); Till Westermayer (KV Freiburg); Georg Kössler (KV Neukölln); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Hartwig Berger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Martin Scheuch (KV München-Stadt); Luisa Schwab (KV Köln); Eva Plonske (KV Berlin kreisfrei); Patrick Voyé (KV Marburg); Phillip Zeller (KV Halle/Saale); Michael Greiner (KV Berlin kreisfrei); Annette Jander (KV Berlin Mitte); Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Claudia Hämmerling (KV Lichtenberg); Marius Pöthe (KV Reinickendorf); Lucas Höwner (KV Tempelhof-Schöneberg); Wera Pustlauk (KV Tempelhof-Schöneberg)